

## PRESSEMITTEILUNG



### „Bürgerbeteiligung und beschleunigter Infrastrukturausbau – Fünf-Punkte-Katalog“

Berlin, den 1. Juni 2018

**Der Berliner ThinkTank DialogGesellschaft hat heute einen Fünf-Punkte-Katalog zum Thema Infrastrukturausbau vorgestellt. Kernthese: Bürgerbeteiligung kann Verfahren von Großprojekten beschleunigen, sofern der Gesetzgeber den Rahmen für deren frühzeitige Berücksichtigung ausschöpft.**

Die *DialogGesellschaft* bündelt in ihrem Fünf-Punkte-Katalog die Erfahrungen ihrer Mitgliedsunternehmen als Vorhabenträger von Infrastrukturprojekten. Diese praktizieren aktiv eine frühe Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie wissen um den wichtigen Beitrag für die Qualität und die Akzeptanz von Planungsvorhaben. Die DialogGesellschaft fordert in ihrem Fünf Punkte Papier nun eine Stärkung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung. So gilt es beispielsweise, die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung auch in den formalen Genehmigungsprozessen zu berücksichtigen.

Dazu Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung: *„Die erfreulicherweise stark wachsende Stromproduktion aus regenerativen Energiequellen braucht zwingend neue Stromnetze, die den Erneuerbaren-Strom auch zu den Verbrauchern transportieren können. Enorm wichtig sind deshalb schnelle Genehmigungsverfahren und Rechtssicherheit für die Unternehmen, die die erforderlichen Leitungen bauen sollen.“*

Für das Verständnis komplexer Sachverhalte und für konstruktive Verfahren, so Kapferer, braucht es intensiven Dialog gerade vor Ort und eine enge Abstimmung zwischen Behörden und Unternehmen. Auch für andere Branchen ist dies Erfolgsvoraussetzung: *„Für die Wohnungsunternehmen des GdW ist Bewohnerbeteiligung seit jeher ein wichtiges Anliegen*

*und gerade in Quartieren, in denen Wohnungsneubau stattfindet und die durch Zuzug und Wandel geprägt sind, ein essentielles Thema", so Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des GdW. Wichtig dafür: Politischer Rückhalt und ein rechtlicher Rahmen, der die Beteiligung durch die Projektträger koordiniert, damit Beteiligung nicht missverstanden und für wichtige Vorhaben auch im Wohnungsbau instrumentalisiert wird.*

### **Transparente und umfassende Beteiligung braucht die richtigen Rahmenbedingungen**

Ob, wie und in welchem Zeitraum die Projektumsetzung gelingt, hängt auch von den richtigen Rahmenbedingungen ab. Das Fünf-Punkte-Papier der DialogGesellschaft empfiehlt unter anderem die Festlegung eindeutiger und verbindlicher Fristen bei Planungs- und Genehmigungsprozessen. Das ermöglicht Planungssicherheit für Vorhabenträger und Behörden in der Projektumsetzung.

Darüber hinaus ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Behörden und Vorhabenträgern notwendig, um formelle und informelle Beteiligungsverfahren besser zu verzahnen. So wird gewährleistet, dass wertvolle Informationen und Erkenntnisse der Vorhabenträger aus der Praxis durch die Behörden in die formellen Verfahren besser integriert werden.

Zudem können bei Erörterungsterminen Erkenntnisse aus den frühzeitigen Beteiligungsverfahren der Vorhabenträger weitergeben und diskutiert werden. Dies kann die Erörterungstermine inhaltlich weiter anreichern und so die Verfahren insgesamt optimieren.

Neben den Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenspiels zwischen Behörden und Unternehmen spricht das Papier aber auch klar Transparenz und Verständlichkeit an. So sollen die Planfeststellungsunterlagen durch einen allgemeinverständlichen Nutzenbericht sowie eine umfassende Projektbewertung ergänzt werden. Komplizierte Sachverhalte können dann transparent und verständlich kommuniziert werden. Und nicht zuletzt bieten digitalisierte und standardisierte Prozesse die Möglichkeit, Informationen von außen effektiv zu nutzen, zum Beispiel durch Legal-Tech-Anwendungen bei der Beantwortung von Einwänden.

Die Politik kann durch ihren Rückhalt und die Umsetzung dieser Empfehlungen notwendige Rahmenbedingungen schaffen, um den dringend notwendigen Infrastrukturausbau in Deutschland zu beschleunigen und gleichzeitig dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Transparenz und Mitsprache gerecht werden. Vorhabenträger haben das Potential von Beteiligung erkannt. Nun ist die Politik am Zug.